

Bittschrift an Regierung und Parlament

Solidarität mit 200 Millionen verfolgten Christen

Bittschrift der Solidaritätskundgebung, veranstaltet von Christian Solidarity International am Mittwoch, 28. Mai 2008 auf dem Münsterplatz in Bern

Es darf nicht sein, dass Artikel 18 der UNO-Menschenrechtserklärung immer mehr zur Farce wird. Wenn Religionsfreiheit nicht gewährleistet ist, sind viele andere Menschenrechte auch in Mitleidenschaft gezogen.

Drei von vier aus religiösen Gründen verfolgten Menschen sind Christen. Jeder zehnte Christ wird heute diskriminiert, verfolgt oder sogar mit dem Tod bedroht. Weltweit sind 200 Millionen Christen unmittelbar davon betroffen. Deshalb setzen wir ein Zeichen der Solidarität. Wir wollen auf diese leider oft totgeschwiegene Not aufmerksam machen.

Wir appellieren an die Schweizer Regierung und an das Parlament, sich deutlich stärker für Religionsfreiheit im Sinne der UNO-Menschenrechtserklärung einzusetzen. Religion darf nicht zur Privatsache erklärt werden. Sie ist wichtige Basis für unseren freien Rechtsstaat. Als Christen sind wir der Überzeugung, dass jeder Mensch die von Gott gegebene Freiheit haben muss, seine Religion frei zu wählen und sie zu wechseln.

Wir fordern Bundesrat und Parlament auf:

1. sich im Rahmen der Menschenrechtspolitik weltweit vermehrt für die Respektierung der Glaubens- und Gewissensfreiheit aller einzusetzen,
2. der Tatsache mehr Aufmerksamkeit zu schenken, dass ein wesentlicher Teil der Weltbevölkerung aufgrund ihrer Religionszugehörigkeit von Diskriminierung und Verfolgung betroffen ist,
3. insbesondere nach Mitteln und Wegen zu suchen, um den Millionen von Christen, welche heute in vielen Ländern diskriminiert, verfolgt und mit dem Tod bedroht werden, zu helfen.

